

# Brief an den Bundesrat

---

Zürich den 5. Juli 1941

Herrn Bundespräsident Dr. Ernst Wetter

z. H. des h. Bundesrates der Schweizerischen  
Eidgenossenschaft

BERN

*Sehr geehrter Herr Bundespräsident!*

*Sehr geehrte Herren Bundesräte!*

Vom Willen beseelt, in entscheidender Stunde ihre ganze Kraft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen, gestatten sich die Unterzeichner dieses Briefes, in nachstehend umschriebener Angelegenheit an Sie heranzutreten.

Der Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Rußland hat sich zu einem europäischen Krieg gegen die Sowjetunion entwickelt. Ein Staat nach dem andern hat aktiv in diesen Krieg eingegriffen oder trifft dazu die Vorbereitungen. Bereits haben neben den deutschen auch italienische, rumänische, slowakische, finnische und ungarische Truppen die Grenzen des Sowjetstaates überschritten. Schweden hat den Durchtransport deutscher Truppen aus Norwegen nach Finnland gestattet, um damit einen Beitrag zum allgemeinen europäischen Abwehrkrieg zu leisten. In Spanien, Portugal, Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland, Frankreich und Kroatien werden Freiwilligen-Korps zum Kampfe gegen den Bolschewismus gebildet.

Im Gegensatz hiezu hat die Schweiz ihre Stimme in dieser großen Auseinandersetzung noch nicht erhoben. Schweigend steht sie beiseite, während die andern Völker Gut und Blut für die gemeinsame Sache opfern.

Dabei war es die Schweiz, die in früheren Jahren entschiedener als die meisten andern Staaten gegen den Bolschewismus Stellung bezog. 1918 hat unser Land die Beziehungen zu den Sowjets abgebrochen und seither nie wieder aufgenommen. Der Bundesrat wies alle Vorstöße einzelner parlamentarischer Gruppen zur Anerkennung der Sowjetunion zurück mit der Begründung, daß es unmöglich sei, mit einem Staate normale diplomatische Beziehungen zu unter-



halten, zu dessen Prinzipien es gehöre, in andern Ländern den Umsturz in die Wege zu leiten. Unvergeßlich und in tiefstem Sinne **verpflichtend** ist vor allem die Rede, die der verewigte Bundesrat Motta am 17. September 1934 in Genf gehalten hat. In Form einer vernichtenden Anklage wandte er sich namens der Schweiz gegen die Aufnahme der Sowjetunion in den Völkerbund. Mit vollendeter Logik hat damals unser großer Staatsmann festgestellt, daß die Weltrevolution noch immer das Ziel der Sowjetpolitik sei und daß lediglich die Mittel, mit denen sie diesem Ziel zustrebe, im Laufe der Jahre gewechselt hätten.

Als im Spätherbst 1939 die Machthaber in Moskau ihren durch nichts gerechtfertigten Ueberfall auf Finnland in die Wege leiteten, da standen die ungeteilten Gefühle der Eidgenossen auf Seite der Finnen. Der heldenhafte Widerstand, den das finnische Volk und die finnische Armee der gewaltigen russischen Uebermacht entgegenstellten, löste bei uns ein gewaltiges Echo aus. Im ganzen Lande fanden Kundgebungen für Finnland statt, und eine große Hilfsaktion wurde eingeleitet.

Es ist ein Ehrenblatt unserer Geschichte, daß wir während zwanzig Jahren an der Ablehnung der Sowjetpolitik festhielten und daß unser Außenminister in Genf vor dem Forum der Weltöffentlichkeit die Anklage der gesitteten Menschheit gegen den Bolschewismus vertreten hat. Heute aber darf das nicht zum Anlaß eines genügsamen Eigenlobes werden, vielmehr gilt es, auf dem Wege, den uns Bundesrat Motta wies, weiterzugehen und unseren Schild vor der Zukunft blank zu halten.

Die Stimme der Schweiz, die sich schon so oft gegen den Bolschewismus erhoben hat, sie darf jetzt nicht fehlen. In einem Augenblick, da die Völker Europas sich anschicken, unter dem Einsatz ihrer Existenz den bolschewistischen Brandherd auszutreten, dürfen wir nicht kalten Herzens beiseite stehen. Würde die Schweiz schweigen, so müßte ihre Neutralität in diesem Ringen mißverstanden, ja sogar als stilles Einverständnis mit dem Feind Europas ausgelegt werden. Wer sich nicht **gegen** den Bolschewismus erhebt, der setzt sich in den Verdacht, **für** den Bolschewismus zu sein. Eindeutig zu dokumentieren, wo wir stehen, ist ein außenpolitisches Postulat, vor dem andere Probleme der Gegenwart zurücktreten müssen. Die Stunde zu reden und zu handeln ist gekommen.

Die Unterzeichner dieses Briefes machen daher die Anregung, der h. Bundesrat möge vor der Oeffentlichkeit der Schweiz und der ganzen Welt eine Erklärung abgeben, des Inhalts:

**»Die Schweizerische Eidgenossenschaft, im 650. Jahr ihres Bestehens, getreu ihrer historischen Mission und eingedenk ihrer seit der bolschewistischen Revolution gegenüber den Sowjets eingehaltenen Politik, erklärt ihre volle Solidarität mit den europäischen Völkern, welche zum Kampfe gegen den internationalen Bolschewismus angetreten sind. Sie wird diese Völker mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Im Hinblick darauf, daß die Schweiz die hohe Ehre hat, den Sitz des Internationalen Roten Kreuzes zu beherbergen, wird es unser Land als seine erste Pflicht ansehen, den Verwundeten, den Witwen und Waisen, die dieser Krieg fordert, beizustehen und zwar ohne jede Rücksichtnahme auf persönliche Opfer**

**und materielle Aufwendungen. Dabei bleibt, getreu den Prinzipien des Roten Kreuzes, eine spätere Hilfeleistung an das von seinen bolschewistischen Machthabern gequälte und irregeleitete russische Volk nicht ausgeschlossen. In die Front der totalen Abwehrbereitschaft der europäischen Völker stellt die Schweiz ihre ebenso totale Hilfsbereitschaft.»**

Eine solche Erklärung würde der Schweiz neues Ansehen in der Welt verschaffen. Sie würde als Beweis aufgefaßt, daß unser Land seine hohe Mission inmitten Europas nicht vergißt. Ein Akt der Solidarität, verbunden mit tatkräftigem Handeln und Opfersinn des ganzen Volkes, könnte Manches wieder auslöschen, was in den letzten Jahren an Un schönem, Unvernünftigem und Unüberlegtem bei uns getan, geredet und geschrieben worden ist.

Die Unterzeichner dieses Briefes sind der festen Ueberzeugung, daß von der heutigen Haltung der Schweiz gegenüber dem im Osten entbrannten Kampf die **Zukunft des Landes** in weitestgehendem Maße abhängen wird. Sie stehen dem hohen Bundesrat jederzeit zur Verfügung und ersuchen ihn, in dieser so überaus dringlichen Angelegenheit so rasch als möglich zu entscheiden. Jeder Tag kann einen unwiderbringlichen Verlust bedeuten.

Genehmigen Sie, hochgeehrter Herr Bundespräsident,  
hochgeehrte Herren Bundesräte,

die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung:

*Werner Ganzoni Dr. Werner Meyer Dr. Hermann Eisenhut  
Karl Meyer Eduard Rüeegsegger Dr. Robert Tobler  
Dr. Hans Kläui*